

ERGIEKONZERN



**WER SAGT, DASS
FERN-
BEZIEHUNGEN
NICHT
FUNKTIONIEREN?**



SONNENTOR®

**WIR BEZIEHEN KRÄUTER UND
GEWÜRZE VON NAH UND FERN.**

Egal ob Tansania, Griechenland oder Österreich – wir arbeiten weltweit mit unseren Bäuerinnen und Bauern zusammen. So können wir auch Gewürze und Kräuter beziehen, die in unserem Klima nicht optimal wachsen. Das Geheimnis unserer erfolgreichen Fernbeziehungen: Wir handeln trotz der Distanz fair, direkt und auf Augenhöhe.

www.sonnentor.com/esgehtauchanders

**#ESGEHTAUCH
ANDERS**

**Jede*r Siebte in Österreich
hat Probleme damit,
die Wohnkosten zu zahlen.
Coronakrise und Inflation
verschärfen das Problem.**

neunerhaus stemmt sich
gegen den vorprogram-
mierten Anstieg der
Obdachlosigkeit.

neunerhaus.at

n
eu
ner
haus



**frauen*
solidarität**

feministisch-entwicklungspolitische
informations- und bildungsarbeit

Bibliothek &
Dokumentation

Veranstaltungen
& Workshops

Zeitschrift &
Radio

Blieben Sie informiert mit einem Abo!

Jahresabo: ab € 20,- in Print oder
€ 15,- digital

Bestellungen an:
abo@frauensolidaritaet.org
www.frauensolidaritaet.org



Krisensichere Energie – wie geht das?	4
Energie-Grundanspruch	6
Grundversorgung für alle sichern!	7
Impfpatente	8
Kein Top-Job für Pharmediklobbystin!	9
Finanzspekulation treibt Millionen in den Hunger	10
Wir brauchen zukunftsfähige Wirtschaftsbildung	11
Energiecharta-Vertrag	12
Frieden gestalten	13

Impressum

Attac Österreich Magazin 2022/2

Attac Österreich
Netzwerk für eine demokratische, sozial-,
ökologisch- und geschlechter-gerechte
Gestaltung der Wirtschaft

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 10 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: info@attac.at
IBAN AT55 2011 1824 2489 1500

Grafik: Christian Berger, Walarie
Borowski, Wolfgang Homola, Anne Lange,
Klara Tolnai
grafikteam@attac.at
Druck: gugler* print, 3390 Melk
Auflage: 4.500 Stück
Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition: Monika Stadler,
Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-
Schmitzberger, David Walch
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia
Supper-Schmitzberger
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Viervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, Oktober 2022



Liebe Freund*innen von Attac!

Im vergangenen Jahr hat uns die Pandemie viel Energie gekostet – jetzt kostet die Energie viel. Der Überfall auf die Ukraine und die Liberalisierung der Strommärkte haben ein Preischaos geschaffen, das zwischen Übergewinnen und unleistbaren Energiekosten navigiert. Das Vertrauen in russisches Gas kommt uns nun also nicht nur ökologisch, sondern auch sozial teuer zu stehen. Mitte August, kurz vor Bekanntwerden der Strompreisbremse der Regierung, hat unser Kampagnenteam zum Thema Energie-Grundanspruch ein detailliertes Modell veröffentlicht, das sozial treffsicherer – mit progressiven Tarifen – die aktuelle Energiekrise und Teuerung adressiert (siehe Seite 6). Denn wir sind überzeugt, es braucht soziale und ökologische Maßnahmen aus dieser Krise, die wenig mit LNG-Terminals zu tun haben. Und auch auf der praktischen Ebene tut sich viel: Mit der Plattform *Es reicht! Gemeinsam aufstehen gegen die Teuerung!* und weiteren Verbündeten sind Aktionen am Laufen, um Zeichen zu setzen für solidarischere Praxen und eine Grundversorgung für alle. Hierzu wird bei Attac und *Mehr für Care!* viel diskutiert und formuliert, wie eine Grundversorgung für alle aussehen müsste – Gedanken dazu findet ihr auf Seite 7.

Die multiple Krise spornt uns zu noch mehr Aktivitäten an: Wir hatten

eine sehr schöne 20. SommerAkademie und bedanken uns herzlich bei unseren Gastgeber*innen in Salzburg! In zahlreichen Workshops und Panels haben wir über die Krisen unserer Zeit und mögliche Lösungen diskutiert. Ein großes Dankeschön an alle, die mitorganisiert und mitdiskutiert haben! Ein Grund zum Feiern war die 1.000ste Sendung von radio%attac am 1. August. Danke für dieses großartige Engagement – wir gratulieren herzlich! Die Gruppe von radio%attac sendet seit Februar 2003 wöchentlich eine halbstündige Radiosendung zu den negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf Mensch, Tier und Umwelt sowie Alternativen dazu. Denn eine andere Welt ist möglich!

Weitere Beiträge im Heft beschäftigen sich mit der Liberalisierung der Energiemärkte und Nahrungsmittelspekulation, mit den Themen ECT, TRIPS-Waiver, Finanzbildung und dem Krieg in der Ukraine. Marlene Streeruwitz sagt: „Krieg ist die Ausdehnung immer bereitgehaltener Gewalt ins Tödliche“ und „Frieden ist die Regulierung der Gewalt mit dem Ziel der Gewaltlosigkeit.“ Der Beitrag von FriedensAttac auf Seite 13 setzt sich damit auseinander.

Wir wünschen eine spannende Lektüre und viel Kraft für den Herbst!

Euer Attac Vorstands-Team

krisensichere energie – wie geht das?

wir müssen das energie-casino schließen

Gefährliche Abhängigkeit von Russland, kontraproduktive Preisbildungsmechanismen an den Strombörsen und die Angst, sich das Heizen im Winter nicht mehr leisten zu können: All das hätten wir wohl vor einem Jahr nicht für möglich gehalten, ebenso wenig die politischen Maßnahmen, die angesichts dieser Krisen derzeit diskutiert werden – ob Strompreisbremsen oder Übergewinnsteuern.

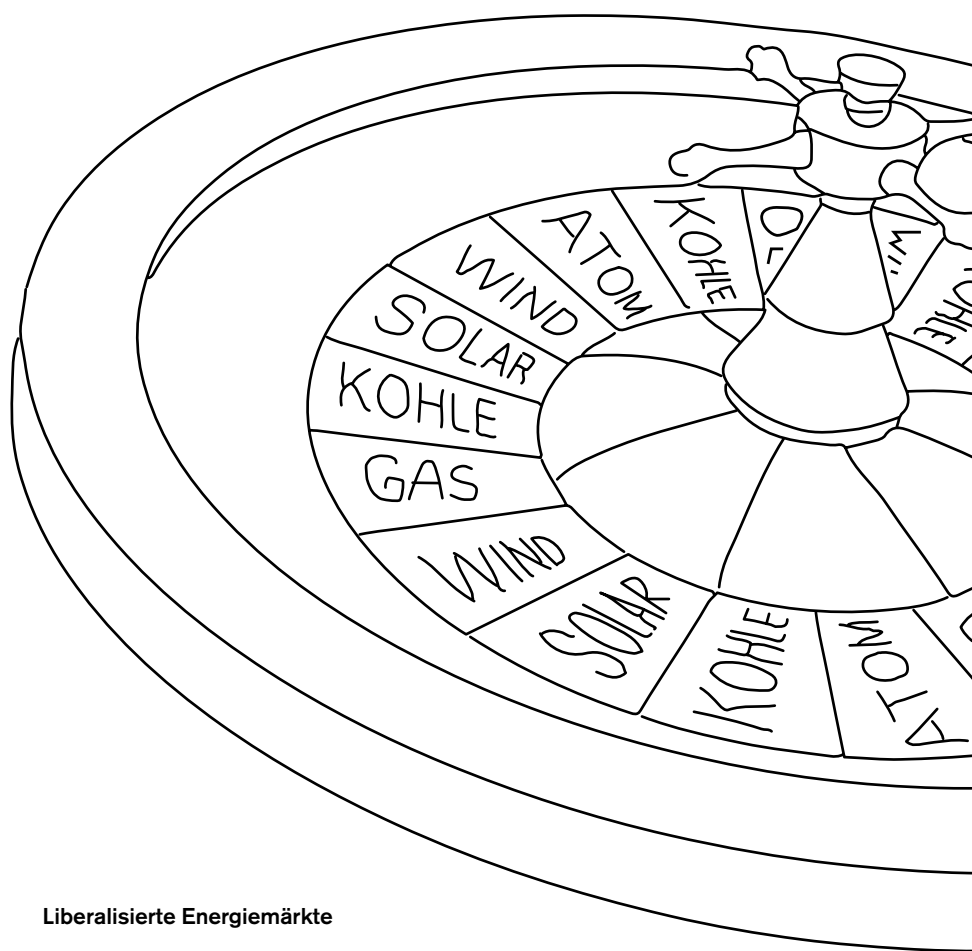
Was all das nötig macht, ist die bisherige Konstruktion unseres Energiesystems. Gebaut wie eine Reihe von Dominosteinen, droht es nun zu kollabieren. Solange viel billiges Gas den Markt flutet, geht alles gut. Doch sobald es eine Erschütterung gibt oder ein Stein fällt, folgt eine Kettenreaktion. Dieses Konstrukt ist das Ergebnis einer Energiepolitik, die jahrzehntelang nicht sichere Versorgung oder Nachhaltigkeit, sondern niedrige Preise und Profite in den Mittelpunkt stellte.

Fossile Brennstoffe

Der erste Dominostein ist unsere Abhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe aus autoritären Regimen, sei es nun Russland oder Katar. Zwei Drittel des österreichischen Energieverbrauchs stammen aus Kohle, Öl und Gas. In der EU sind es sogar drei Viertel. Das ist nicht nur schlecht für das Klima und damit unser zukünftiges Leben. Es ist auch katastrophal für unsere Versorgungssicherheit. Außerdem bildet diese Abhängigkeit die Basis für das geopolitische System der Konkurrenz um Energie, Rohstoffe und Versorgungswege.

von Lisa
Mittendrein

4



Liberalisierte Energiemärkte

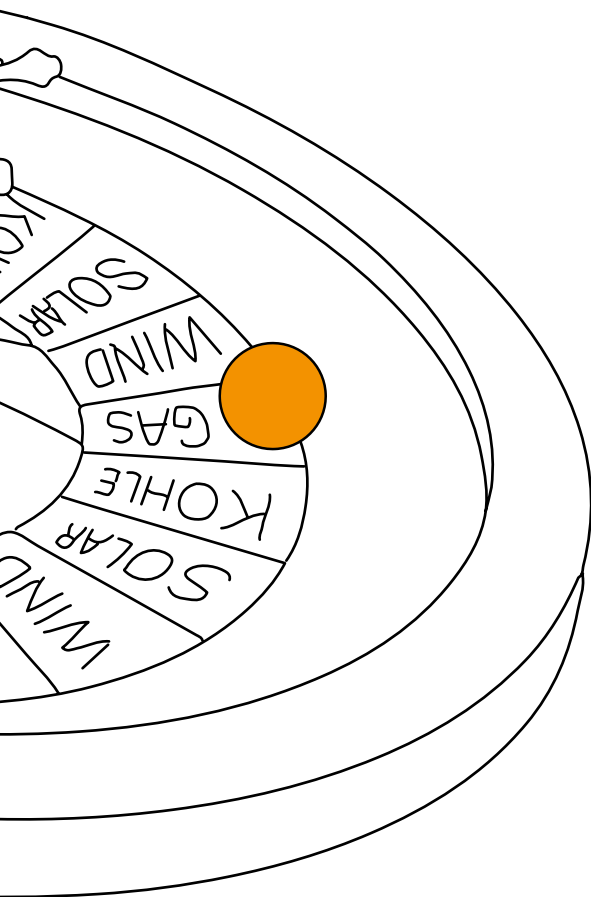
Die nächsten Dominosteine sind die Elemente des liberalisierten Energiemarkts. Denn im Gegensatz zu anderen lebenswichtigen Gütern wie Wasser oder Gesundheitsversorgung ist Energie kurzfristigen, risikanten Marktmechanismen ausgeliefert. Strom und Gas werden an Energiebörsen ge- und verkauft – für den nächsten Tag, das nächste Monat oder das nächste Jahr. Auch direkte Verträge zwischen Energieanbietern und

Produzenten orientieren sich meist an den aktuellen Börsenpreisen. 80 Prozent der europäischen Gas-einkäufe werden zu kurzfristigen Marktpreisen verrechnet und sind damit extrem krisenanfällig. Das System ist darauf ausgelegt, kurzfristig die Preise zu optimieren, statt langfristig zu planen.

Merit-Order und Spekulation

Der dritte Dominostein ist das System der Einheitspreise („Merit-Order“) an den Strommärkten. Denn das jeweils teuerste noch benötigte Kraftwerk – meist Gas – bestimmt den Preis für alle Stromarten. Die Folge: Der hohe Gaspreis treibt auch die Preise für andere Stromarten in die Höhe – und beschert ihren Produzenten satte Gewinne. Und als wäre das nicht schlimm genug, tummeln sich als vierter Dominostein spekulative Akteure an den Energiebörsen. Fonds, Banken und andere wetten auf steigende oder fallende Preise und machen mit unserem Grundbedürfnis nach Energie schnelles Geld.

5



tierte Unternehmen. Wir dürfen den günstigen Anbieter wählen, tragen aber allein das Risiko von Krisen. Während Energiekonzerne Milliarden Krisengewinne einfahren, ist es für den Staat in diesem Marktchaos schwierig, die Preise zu stabilisieren und gerechte Versorgung zu sichern. Doch wie ist es dazu gekommen?

Die Liberalisierung der Energiemärkte ist gescheitert

Die europäischen Institutionen und Regierungen „liberalisierten“ in den 1990ern den Energiemarkt. Sie zerschlugen öffentliche Monopole, setzten Marktlogiken und mit ihnen kurzfristige Orientierungen durch. Das Versprechen lautete: niedrigere Preise für die Industrie und (in geringerem Ausmaß) Haushalte, hohe Profitchancen für Energiekonzerne. Wen kümmerte es da, wenn Vorsorge und langfristige Planung auf der Strecke blieben?

Heute stehen wir vor den Trümmern dieses marktbasieren, profitorientierten Dominospiels. Vorsorge und langfristige Planung sind auf der Strecke geblieben. Unser Energiesystem wälzt Risiken auf Einzelne ab, statt ein Grundbedürfnis gesellschaftlich zu erfüllen. Die aktuelle Krise zeigt jedenfalls, dass die Liberalisierung und Profitorientierung der Energiemärkte gescheitert ist.

Das Energie-Casino schließen!

Wir müssen dieses Energie-Casino schließen. Wir brauchen daher eine starke öffentliche und demokratische

Kontrolle über die Energieproduktion und -verteilung. An die Stelle des profitorientierten Marktes soll ein kooperativer europäischer Energierraum treten. Strom und Gas sollen nicht mehr über Börsen gehandelt werden. Die Liberalisierung der Energiemärkte muss beendet werden.

Für die Transformation unseres Energiesystems hat Attac schon 2018 das Konzept der Energiedemokratie entwickelt: Private und öffentliche Energieversorger sollten in gemeinnützige Gesellschaftsformen überführt werden, deren Hauptziel die Versorgung der Bevölkerung ist. Wichtig ist dabei auch die Förderung von dezentralen, erneuerbaren Energieproduzent*innen (wie Bürger*innenkraftwerke, kommunale Energiegenossenschaften und Stadtwerke).

Nur wenn wir Energie als Grundrecht und nicht als Mittel für Profite definieren, können wir sicherstellen, dass die Versorgung in Zukunft sozial gerecht und sicher ist. Selbstverständlich müssen wir den Umstieg auf erneuerbare Energien jetzt stark beschleunigen. Auch das von Attac entwickelte Modell für einen *Energie-Grundanspruch* (siehe nächste Seite) hilft dabei, Energie zum Teil der Daseinsvorsorge zu machen.

Das alles ist eine enorme Herausforderung. Aber es führt kein Weg daran vorbei, das desaströse Dominospiel unseres Energiesystems umzubauen und es krisenfest, sozial gerecht und ökologisch zu gestalten.

Dieser Text erschien im August in der Wochenzeitung „Die Furche“ und wurde für das Attac Magazin aktualisiert.

Ein chaotischer Markt

Der fünfte Dominostein, der nun umzufallen droht, ist der chaotische Markt konkurrierender Energieanbieter, mit denen wir als Konsument*innen zu tun haben. Viele davon sind zumindest teilweise staatlich, verhalten sich aber wie profitorientierten



energie. garantiert. gerecht.

der energie-grundanspruch von attac verbindet soziale und ökologische ziele

Eine warme Wohnung, Licht, die Möglichkeit zu kochen und Internet. All das benötigt jede und jeder von uns. Die explodierenden Kosten für Strom und Heizen sind daher für viele Menschen eine existentielle Bedrohung.

Energie ist aber nicht nur ein Grundbedürfnis, das für alle leistbar sein muss. Energie ist auch ein kostbares Gut. Denn in der Klimakrise müssen wir als Gesellschaft unseren kollektiven Energieverbrauch reduzieren – und damit auch unsere Abhängigkeit von autoritären Regimen.

Doch nicht alle Haushalte verbrauchen gleich viel Energie: Aus Verbrauchsdaten nach Einkommen wissen wir, dass reiche Haushalte ungefähr doppelt so viel Energie verbrauchen wie ärmere Haushalte. Die reichen Haushalte haben oft unverhältnismäßig große Wohnungen oder energieverschlingende Luxusgeräte. Eines ist also klar: Energiesparen müssen vor allem die Reichen.

von Iris Frey

Strompreisbremse ist sozial und klimaschädlich

Die Strompreisbremse der Regierung deckelt zwar die Kosten – allerdings nur für Strom und nicht für Wärme. Das konkrete Modell ist zudem sozial nicht treffsicher und klimaschädlich. Denn ohne Berücksichtigung der Haushaltsgrößen fehlt die soziale Treffsicherheit. Und es fehlt der Anreiz verschwenderischen Luxusverbrauch tatsächlich zu reduzieren.

Soziale und ökologische Ziele verbinden

Das im August präsentierte Attac-Modell für einen Energie-Grundanspruch verbindet soziale und ökologische Ziele: Es ist ein Preismodell für Energiekosten, das den Grundbedarf für alle Menschen sichert. Und es senkt den Energieverbrauch, indem es verschwenderischen Über-Verbrauch verteuert. Der Energie-Grundanspruch

gilt nicht nur für Strom, sondern auch für Gas (und Fernwärme) – und zwar dauerhaft. Und so funktioniert das Modell:

Der Verbrauch über dem Normverbrauch je Haushaltsgröße wird mit progressiven Tarifstufen verrechnet. Während die Energie bis zur Hälfte des Normverbrauchs vergünstigt bereitgestellt wird, werden ab 80 Prozent, 100 Prozent, 110 Prozent und 120 Prozent Abgaben aufgeschlagen. Die Abrechnung erfolgt direkt über die Energieversorger. Diese können bis zu einer gewissen Höhe entschädigt werden – wenn die interne Kostenstruktur veröffentlicht wird und es keine Dividenden-Ausschüttungen sowie Manager-Boni gibt. Zur Finanzierung kann zusätzlich eine Übergewinnsteuer eingehoben werden.

Energiearme Haushalte mit unvermeidbarem Mehrverbrauch (etwa für alte ineffiziente Stromheizungen oder elektrische Warmwasserbereitung) müssen gezielt unterstützt werden. Erstens durch eine Energieberatung und Förderungen für den Umstieg auf effiziente Systeme und notfalls kurzfristig durch staatliche Transferleistungen.

Ein Energie-Grundanspruch für alle ist jedoch keine bloße Krisenmaßnahme. Er hilft, Energie zu einem Teil der Daseinsvorsorge zu machen – und zwar dauerhaft.

Alle Infos mit den genauen Tarifstufen sind hier zu finden:
attac.at/energie-grundanspruch

**eNERGIE
GRUNDANSPRUCH**



grundversorgung für alle sichern!

der reichtum, den wir gemeinsam erarbeiten,
soll in die grundversorgung aller fließen –
und nicht in die taschen weniger

Nicht nur die explodierenden Energiepreise, sondern auch die generelle Teuerung macht vielen Menschen enorm zu schaffen. Dazu zählen steigende Kosten für die Schule, die Betreuung der Kinder oder Pflegebedürftiger und steigende Mieten. Laut Fiskalrat konnten im Juni dieses Jahres 35 Prozent der österreichischen Haushalte ihre Konsumausgaben nicht mehr decken.

von **Hanna Braun, Elena Josten und Elisabeth Klatzer**



Grundversorgung ausweiten

Die aktuelle Situation macht deutlich, wie wichtig eine stark ausgeweitete Grundversorgung wäre: Was es zum (Über-)Leben braucht, sollte selbstverständlich sein. In einigen Bereichen – wie bei der Wasserversorgung oder der Abwasserentsorgung – wird diese Grundversorgung bereits heute

mit unser aller Steuerbeiträgen finanziert. Wir sollten das Prinzip auf viele andere Bereiche ausweiten.

Für Energie haben wir den Energie-Grundanspruch entwickelt (siehe vorige Seite). Doch auch Bildung, Gesundheit, Wohnen, öffentlicher Verkehr und vieles mehr müssen am Gemeinwohl und nicht an Profiten ausgerichtet sein. Sie müssen demokratisch und öffentlich kontrolliert und organisiert werden – und zwar langfristig und nicht nur als kurzfristige Krisenbekämpfung.

Dafür ist es nötig, die Liberalisierung der Daseinsvorsorge in vielen Bereichen zu beenden. Wir müssen Spekulation verhindern – nicht nur mit Energie, sondern auch mit Immobilien oder Getreide. Gleichzeitig müssen Zwischenhändler*innen und marktbeherrschende Akteure ausgeschaltet werden. Dazu zählt etwa die

Allmacht der vier großen Handelsketten, die über 90 Prozent des Marktes und den Bäuer*innen die Preise diktieren. Einheiten, die der Versorgung dienen (wie Energieversorger oder Gesundheitseinrichtungen) sollten in gemeinnützige Gesellschaftsformen mit Versorgungsauftrag überführt werden. Ihre Profite sollten, analog zu Wohnbaugenossenschaften, gesetzlich beschränkt werden und dem Ausbau und Erhalt der Versorgungsinfrastrukturen und -tätigkeiten dienen.

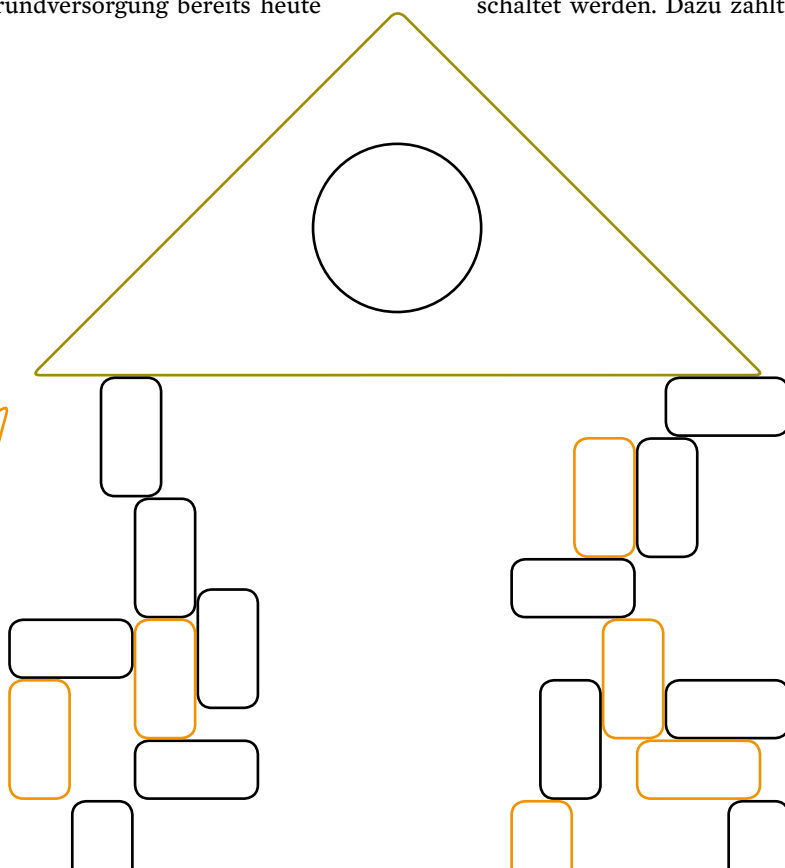
Pflege, Bildung und Betreuung für alle sichern

Unhaltbare Zustände herrschen auch im Care-Bereich: 80 Prozent der Pflege wird von Angehörigen geleistet. Die Scheinselbstständigkeit der 24-Stunden Betreuer*innen ist ein Skandal. Der Anteil von Vollzeit-Kindergartenplätzen geht dramatisch zurück. Wegen steigendem Arbeitsdruck, Burnout und schlechter Bezahlung wechseln immer mehr Menschen den Beruf. Nachmittagsbetreuung ist teuer, und dringend benötigte psychosoziale Leistungen gibt es oft nur zu unleistbaren Privattarifen. Daher braucht es eine Care-Grundversorgung: flächendeckende, kostenlose Bereitstellung von Care-Leistungen wie (Elementar-) Bildung, Pflege, Betreuung und psychosoziale Leistungen. Es braucht endlich faire Löhne, ordentliche Arbeitsverhältnisse und 30 Stunden als Normalarbeitszeit für Care-Arbeitende.

Der Reichtum, den wir gemeinsam erarbeiten, sollte also in die Grundversorgung aller fließen – und nicht in die Taschen weniger. So können wir der Spaltung unserer Gesellschaften und der steigenden Ungleichheit entgegenwirken!

Unsere Grundbedürfnisse müssen sicher sein. Daher unterstützt Attac die neue Protestplattform ES REICHT! Wir stehen gemeinsam auf: gegen die Teuerung und für eine gerechte Zukunft.

Infos und Petition: attac.at/es-reicht



impfpatente: die EU setzt die pharma-interessen durch

für ärmere staaten bleibt der zugang zu impfstoffen oft unerschwinglich

Seit Herbst 2020 hat sich Attac für eine Freigabe von Pharma-Patenten in der Corona-Pandemie eingesetzt. Diese hätte es zahlreichen Ländern ermöglicht, die globale Produktion lebenswichtiger COVID-19-Impfstoffe und Medikamente rasch auszubauen. Der ursprüngliche Vorschlag Indiens und Südafrikas für diesen „TRIPS-Waiver“ war umfassend. Er inkludierte die Freigabe aller Arten von geistigen Eigentumsrechten (wie Geschäftsgeheimnissen) für Impfstoffe, Medikamente und medizinische Ausrüstung.

Doch der EU ging es auf internationaler Ebene vor allem darum, die Profitinteressen ihrer Pharmakonzerne zu verteidigen. Daher drängte sie den Vorschlag für einen echten TRIPS-Waiver aus der Debatte. Sie setzte ihren „Gegenvorschlag“ im Juni 2022 bei der Welthandelsorganisation (WTO) gemeinsam mit den USA, Großbritannien und der Schweiz durch. Dieser Vor-

von Iris Frey



schlag gilt jedoch nur für Corona-Impfstoffe (nicht aber für Medikamente, Diagnostika und Medizinprodukte), er gibt nur Patente frei (nicht aber alle geistigen Eigentumsrechte) und er ist nicht für alle Staaten anwendbar.

Pharmakonzerne machen auch 2022 MilliardenGewinne

Die Monopole der Pharmakonzerne führen somit weiterhin zu einer künstlichen Verknappung. Pharmakonzerne haben freie Hand, die Preise zu kontrollieren und Impfstoffe vor allem an reiche Länder verkaufen: Pfizer erwirtschaftete im ersten Halbjahr 2022 bei einem Umsatz von 53,4 Milliarden US-Dollar (plus 60 Prozent gegenüber 2021) und einen Gewinn 17,8 Milliarden. Knapp die Hälfte des Umsatzes von Pfizer stammt aus den Covid-Impfungen.

Diese Rekordprofite gehen nicht nur auf Kosten der öffentlichen Gesundheitssysteme. Sie gehen auch Kosten von Menschenleben, denn für ärmere Staaten bleibt der Zugang zu Impfstoffen oft unerschwinglich. Zweieinhalb Jahre nach Beginn der Pandemie haben nur etwas mehr als 1 Prozent der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen eine Booster-Impfung erhalten, während es in Ländern mit hohem Einkommen mehr als 57 Prozent sind. Auch der Zugang zu neuen COVID-19-Behandlungen und -tests ist weltweit extrem ungleich. Damit steigt auch die Gefahr, dass sich neue Varianten entwickeln.

Dieser Rückschlag für die globale Impfgerechtigkeit bestätigt, dass Entscheidungen über die öffentliche Gesundheit nicht an der WTO getroffen werden sollten, weil dort Export- und Profitinteressen im Zentrum stehen. Attac fordert daher, die Verantwortung für die Bewältigung der Pandemie der Weltgesundheitsorganisation WHO zu übertragen und Gesundheit Vorrang vor Profiten zu geben. Unser Einsatz für ein gerechtes Gesundheitssystem geht in jedem Fall weiter.



März 2022: Anlässlich des 2. Jahrestages der Ausrufung der Pandemie forderten wir vor dem Sitz von Pfizer in Österreich die Freigabe der Patente.

© Elisabeth Blum

5.700 protestmails wirken: kein top-job für pharma-lobbyistin!

wir müssen den einfluss von konzernen und reichen auf die politik begrenzen

Im Frühjahr 2022 wurde bekannt, dass mit Helga Tieben ausgerechnet eine Mitarbeiterin des Pharmaverbandes Pharmig neue Leiterin der Medizinmarktaufsicht werden sollte. Diese Aufsicht ist für äußerst sensible Bereiche zuständig – darunter die nationalen Beiträge zur Europäischen Arzneimittelzulassung, die Aufsicht über den Medizinmarkt sowie die klinische Prüfung von Arzneimitteln und Medizinprodukten.

Es war offensichtlich, dass diese Bestellung massive Interessenkonflikte beinhaltete: Denn die Pharmaindustrie hat ein Interesse daran, dass möglichst viele Medikamente möglichst rasch als nutzbringend eingestuft und zugelassen werden, um daraus Gewinn zu schlagen. In einem älteren Interview bezeichnete Tieben die Arzneimittelzulassung als „enorm reguliert“ und beklagte das „strenge Korsett der Regularien“. Ihr Ziel sei es, dass es „keine Hürden“ gebe, „damit Produkte zum Markt kommen“.

Die Postenvergabe widersprach allen international gängigen Standards. Und Tieben erfüllte auch formale Voraussetzungen wie ein Medizin- oder naturwissenschaftliches Studium nicht. Sie war ungeeignet, die Medizinmarktaufsicht unabhängig zu leiten.

von Iris
Frey und
David
Walch

Rauch zieht nach breitem Protest die Notbremse

Daher starteten wir im März eine Petition gegen die Bestellung Tiebens. Denn die Medizinmarktaufsicht sollte eine Person führen, die über fachliche Qualifikationen und ausreichend kritische Distanz zur Pharma-industrie verfügt. Proteste gab es auch von Oppositionspartien und Transparency International. Doch Gesundheitsminister Mückstein rüttelte nicht an der Bestellung. Bewegung kam erst in die Sache, als Johannes Rauch das Amt übernahm. Nach wochenlangen negativen Medienberichten und mehr als 5.700 Attac-Protestmails stoppte er Anfang April die Besetzung. Der breite Protest vieler Bürger*innen hat gewirkt!

Die Neuausschreibung muss transparent ablaufen und Interessenskonflikte berücksichtigen. Zusätzlich braucht es politische Konsequenzen aus dem Fall: Um fliegende Wechsel von Lobbyist*innen in öffentliche Ämter auszuschließen, sollte die Regierung eine dreijährige Abkühlphase für öffentliche Ämter und Behörden einführen. Diese sollte umgekehrt auch für Politiker*innen und Spitzenbeamten*innen gelten. Lobbytätigkeiten sollten ihnen in diesem Zeitraum untersagt sein.

Um den überbordenden Einfluss von Konzernen und Reichen auf politische Entscheidungen und die Demokratie einzudämmen, sind zusätzliche Maßnahmen nötig. Dazu gehören strenge Antikorruptionsgesetze, strenge Regeln für Parteienfinanzierung und Zweitjobs, umfassende Lobbyingtransparenz sowie mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft im Gesetzgebungsprozess.



Abkühlphasen für
Lobbyist*innen und
Politiker*innen, Ein-
fluss von Konzernen
begrenzen



PS: Die Wirtschaftskammer teilte im September mit, dass die „erfahrene Interessensvertreterin Helga Tieben“ mittlerweile eben dort einen neuen Führungs-Job hat. Tieben klagt die Republik dennoch auf 400.000 Euro Schadensersatz ...



finanzspekulation treibt millionen in den hunger

die regulierung der rohstoffspekulation wurde von finanzlobbys torpediert

Die Preise für Weizen sind zwischen Jänner und Mai 2022 um 80 Prozent gestiegen und haben sich danach auf hohem Niveau stabilisiert. Für Millionen Menschen in den ärmsten Ländern ist dies eine existentielle Bedrohung: Die Weltbank schätzt, dass jeder Anstieg der Lebensmittelpreise um einen Prozentpunkt 10 Millionen Menschen weltweit in extreme Armut stürzt. Das Ausmaß des Preisanstiegs lässt sich jedoch nicht durch eine grundsätzliche Nahrungsmittelknappheit erklären. Studien zeigen, wie Finanzspekulation auch als Folge des Ukraine-Krieges für steigende Lebensmittelpreise sorgt und so Millionen Menschen in den Hunger treibt.

Enorme Geldflüsse in US-Rohstoff-fonds und Terminkontrakte

Der *IPES-Food-Report* etwa dokumentiert, dass Finanzmarktakteure infolge des Ukraine-Krieges enorme Geldflüsse in börsennotierte Rohstofffonds leiten, die in Weizen sowie in Weizen-Terminkontrakte (Futures) investieren. Große institutionelle Anleger treiben so die Preise hoch. Bis zum 11. April 2022 flossen allein in die US-Agrarfonds von Invesco und Teucrium 1,2 Milliarden Dollar. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2021 waren es insgesamt 197 Millionen Dollar.

von
David Walch
und
Franziskus
Forster
(ÖBV – Via
Campesina)

10



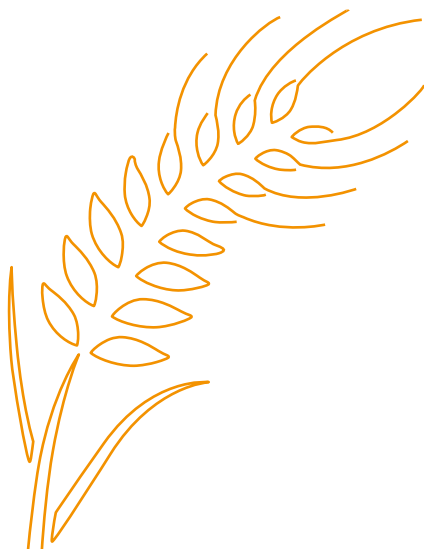
Unmittelbar nach der Invasion in die Ukraine stürzten sich die Anleger auch auf Weizen- und Mais-Terminkontrakte. Innerhalb von nur neun Tagen stieg der Weizenpreis an den Terminmärkten um 54 Prozent und ging dann fast ebenso schnell wieder zurück, blieb aber auf einem hohen Niveau.

Ähnlich ist die Lage an der Weizenbörse in Paris, wo Weizen-Terminkontrakte im März ein Rekordniveau erreichten. Laut *Lighthouse Reports* waren im April 2022 sieben von zehn Käufern von Weizen-Futures-Kontrakten Spekulanten. Ihr Ziel: Vom Preisanstieg profitieren – auf Kosten der Hungernden. All das zeigt, dass die – nach der Finanzkrise 2008 versprochene – Regulierung zur Eindämmung von Rohstoffspekulation „erfolgreich“ von Finanzlobbys torpediert wurde.

Auch die Macht der Rohstoffkonzerne ist ein Problem

Der *IPES-Food* Bericht nennt zusätzlich zur „klassischen“ Finanzspekulation noch ein weiteres Problem: Die Marktmacht und Spekulation der vier großen „physischen“ Rohstoffhändler: Archer-Daniels Midland, Bunge, Cargill, Dreyfus („ABCD“). Sie kontrollieren 70 bis 90 Prozent des globalen Getreidehandels, sind aber nicht verpflichtet, ihre Getreidebestände offenzulegen. Je mehr die Spekulation zunimmt, desto mehr haben sie ein Interesse daran, ihre Lagerbestände zurückzuhalten, bis die Preise noch weiter steigen.

Wir fordern, die Finanz- und Weltmärkte (Futures-Märkte, Rohstofffonds und die Rohstoffgiganten) genau zu überwachen und Spekulation, welche die Ernährungssicherheit gefährdet, zu bekämpfen. *Denn die Bekämpfung des Hungers muss kompromisslos Vorrang vor Profitinteressen haben!*



wir brauchen eine zukunftsfähige wirtschaftsbildung!



Pressekonzferenz des Netzwerks
(v.l.n.r.: Walter Otto Ötsch, Teresa Gäckle,
Christian Fridrich, Reinhold Hedtke,
Martin Schenk, Ilkim Erdost)

großunternehmen und banken drängen immer stärker in die schule

Im September 2021 hat die Bundesregierung ihre sogenannte „Finanzbildungsstrategie“ vorgelegt. Dabei geht es der Regierung nicht darum, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und kritisch zu reflektieren. Stattdessen wird Klientelpolitik für Finanzdienstleister betrieben.

Die Strategie suggeriert etwa, es sei problematisch, dass nur wenige Menschen eine private Altersvorsorge abschließen oder in Aktien und Wertpapiere investieren. Dass 16 Prozent der Frauen in Pension unterhalb der Armutsgrenze leben, hat jedoch nichts mit „mangelnder Finanzbildung“ zu tun. Denn Pensionen bilden die Erwerbsbiografien ab, und nach wie vor ist systemrelevante Arbeit unter- oder gar nicht bezahlt.

Laut Finanzbildungsstrategie soll das Investieren auf Finanzmärkten auch dem Klimawandel entgegenwirken. Banken und Finanzinstitutionen pumpen jedoch nach wie vor massiv Geld in fossile Energie. Der Großteil der Finanz-Produkte ist nicht nachhaltig. Aufklärung über den grundsätzlichen Widerspruch zwischen profitorientierten Finanzmärkten und Klimapolitik ist nicht vorgesehen.

von Teresa
Gäckle
und Mario
Taschwer

Gleichzeitig drängen derzeit private, profitorientierte Großunternehmen, Banken und deren Interessensverbände immer stärker in die Schule. Dazu zählen etwa die ERSTE Bank mit dem Financial Life Park, die Bank Austria mit dem „Projekt Money Matters“. Es ist zu befürchten, dass ihre Interessen in Schulinhalt gegossen werden.

Neues Netzwerk: „Wir alle machen Wirtschaft“

Um dem etwas entgegenzusetzen hat Attac im April gemeinsam mit Arbeiterkammer, Armutskonferenz, dem Verein für Geographische und Wirtschaftliche Bildung und Bildungsexpert*innen das „Netzwerk für eine zukunftsfähige und integrative Wirtschaftsbildung“ ins Leben gerufen.

Denn wirtschaftliche Bildung muss zur Mitbestimmung an der politischen Gestaltung von Wirtschaft befähigen. Sie muss dabei kritische Reflexion, die Interessen der Allgemeinheit und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen ins Zentrum stellen!

Bling – neues Attac-Finanzmarktspiel für Schulen

Die Bildungsangebote und Schulworkshops von Attac behandeln Themen wie Klimakrise, Ungleichheit oder Finanzmärkte. Mit vielfältigen Formaten werden die großen Herausforderungen der Gegenwart verständlich gemacht. Schüler*innen lernen die Problemlagen zu verstehen und welche Visionen es für eine gute Zukunft gibt.

In unserem neu entwickelten Finanzmarktspiel „Bling“ (attac.at/bling) lernen junge Menschen (ab 15 Jahre) und Erwachsene spielerisch die Tücken des Finanzmarktes und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft kennen. Infos zu Attac-Workshops für Schulen und zum Finanzmarktspiel finden Sie unter:

attac.at/schulworkshops

BLING

Stadt des Erfolgs



der energiecharta-vertrag bleibt unvereinbar mit dem klimaschutz

eine paralleljustiz für konzerne bedroht politik im interesse des gemeinwohls

Ende August 2022 hat der britische Öl- und Gaskonzern Rockhopper von einem Schiedsgericht 250 Millionen Euro „Schadensersatz“ für „entgangene Profite“ von Italien zugesprochen bekommen. Der Grund? Italien hat Ölbohrungen in der Adria verboten, weil es dort immer wieder Erdbeben gibt. Die tatsächlichen Investitionen von Rockhopper betragen jedoch nur 40 Millionen Euro. Möglich macht diese und weitere skandalöse Klagen der Energiecharta-Vertrag (ECT), den 53 Staaten unterzeichnet haben. Er gibt fossilen Konzernen die Macht, Staaten mittels einer Paralleljustiz auf Milliarden zu verklagen, wenn neue Gesetze zum Klimaschutz ihre Profite bedrohen.

Seit 2020 liefen internationale Verhandlungen zur Überarbeitung des ECT, im Juni 2022 wurde eine Grundsatzvereinbarung präsentiert. Wie sich

von Iris Frey und David Walch

12

schon lange abzeichnete, hat die EU ihr Ziel verfehlt, den Vertrag in Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen zu bringen: Der Vertrag wird weiterhin bestehende fossile Energieträger in der EU und Großbritannien bis weit in die 2030er Jahre hinein abdecken – für andere Staaten sogar unbegrenzt. Zudem soll er nun auch für Wasserstoff gelten, der derzeit zu fast 100 Prozent aus fossilen Energien hergestellt wird. Länder wie die Schweiz, Japan oder die Türkei entscheiden selbst, ob sie den „Schutz“ für fossile Energien überhaupt jemals beenden.

Der überarbeitete Vertrag wird fossilen Konzernen also weiterhin die Macht geben, Staaten zu verklagen. Seit Jahren fordern wir daher den Ausstieg Österreichs und möglichst vieler Regierungen aus dem ECT. Das ist der sicherste Weg, um sich gegen weitere Konzernklagen zu schützen!

Ein Etappensieg: EU lässt Pläne für neue EU-Paralleljustiz fallen

Die im ECT enthaltene Paralleljustiz für Konzerne (ISDS) haben wir bereits in TTIP und CETA kritisiert. Was wenige wissen: Dieses System ist – laut Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus 2018 – zwischen EU-Staaten unvereinbar mit EU-Recht. Die EU-Staaten mussten daher entsprechende Abkommen untereinander kündigen. Beim ECT blieb dies bisher jedoch ohne Konsequenzen.

Die EU-Kommission wollte diese EU-rechtswidrige Paralleljustiz noch im Sommer 2021 durch ein neues – mit EU-Recht vereinbares – System ersetzen. Darunter war auch die Option eines eigenen EU-Investitionsgerichts für Konzerne. Auch die damalige Wirtschaftsministerin Schramböck hatte sich für möglichst weitreichende Sonderrechte für Konzerne eingesetzt. Doch zumindest diese Pläne wurden von der EU-Kommission im Juni 2022 offiziell begraben. Für Attac und alle, die gegen diese Konzern-Paralleljustiz kämpfen, ist das ein wichtiger Etappensieg!

Eine Paralleljustiz für Konzerne bedroht Politik im Interesse des Gemeinwohls und ist mit der Demokratie unvereinbar. Doch leider hält die Kommission weiter an diesen Konzernprivilegien in den Investitionsverträgen mit Staaten wie Kanada, CETA, Vietnam oder Singapur fest. Wir werden uns daher auch in Zukunft für das Ende jeglicher Konzern-Privilegien einsetzen – und zwar weltweit!



Symbolische Übergabe von mehr als 1 Million Unterschriften gegen den ECT an die damalige Wirtschaftsministerin Schramböck

© Astrid Knie

frieden gestalten – wie soll das gehen?

für die zivile friedensgestaltung verbleibt nur rund 1 Prozent des budgets des militärs

Der Frieden war für junge Menschen in Europa selbstverständlich. Beim Bosnien-Krieg waren sie noch zu jung, „Kriegsalltäglichkeiten“ kennen wir nur aus den Medien, Gewalt aus unzähligen Filmen. Aber was ist Realität, was ist Fiction, was ist Fake? Ohne selbst erfahrenem Leid ist das schwierig am Bildschirm auseinanderzuhalten. Seit dem 24. Februar, dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, ist das anders geworden, weil täglich darüber berichtet wird. Was im Detail wirklich passiert ist, werden wir erst in den nächsten Jahren erfahren.

Wenig wissen wir auch über den Frieden, konkret über Friedensförderung, -gestaltung und -erhaltung. Wachsame Menschen ist klar: *Ohne Frieden ist keine Erreichung der Klimaziele möglich – ohne die Erreichung der Klimaziele wird es aber auch keinen Frieden auf der Welt geben.* Keine NATO, keine EU-Armee, keine chinesische Armee kann die Verwerfungen, die durch den Klimawandel unweigerlich auf uns zukommen, aufhalten. Im Gegenteil: Jeder in das Militär investierte Euro (derzeit weltweit über 2.100 Milliarden Euro pro Jahr) fehlt bei der Bekämpfung des Klimawandels, bei der Linderung sozialer Missstände, bei der notwendigen sozio-ökologischen Transformation.

Bei Betrachtung des österreichischen Budgets 2022 zeigt sich Folgendes: Für die militärische Landesverteidigung sind 2.713 Millionen

Euro budgetiert, für das Außenministerium 610 Millionen (inklusive der 230 Millionen für die Entwicklungszusammenarbeit und den Auslandskatastrophenfonds). Für die zivile Friedensgestaltung verbleiben geschätzt maximal 25 Millionen, also rund 1 Prozent (!) des Militärs.

Mit diesem 1 Prozent für die zivile Friedensgestaltung soll finanziert werden: Friedens- und Konfliktforschung, Friedenspädagogik (universitär und außeruniversitär), Unterstüt-

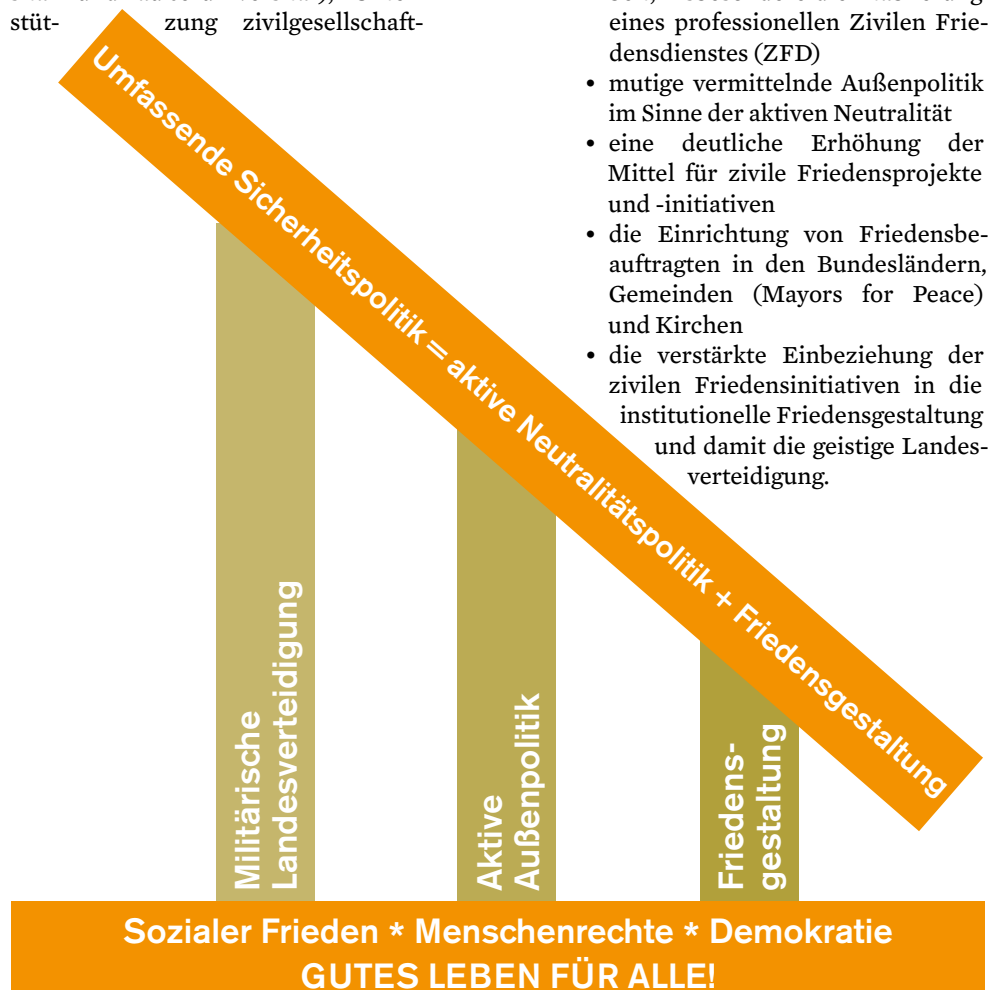
von Gerhard Kofler, FriedensAttac

licher Friedensinitiativen und -projekte und vieles mehr. Insgesamt rund 100 Vereine und Organisationen widmen sich in Österreich dem Thema Frieden und Gewaltfreiheit. Das funktioniert nur durch ehrenamtliches Engagement.

FriedensAttac fordert daher:

- mehr Einsatz und Mittel für die Konfliktprävention und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, insbesondere die Etablierung eines professionellen Zivilen Friedensdienstes (ZFD)
- mutige vermittelnde Außenpolitik im Sinne der aktiven Neutralität
- eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Friedensprojekte und -initiativen
- die Einrichtung von Friedensbeauftragten in den Bundesländern, Gemeinden (Mayors for Peace) und Kirchen
- die verstärkte Einbeziehung der zivilen Friedensinitiativen in die institutionelle Friedensgestaltung und damit die geistige Landesverteidigung.

13



Symbolische Darstellung des Ungleichgewichts der Ausgaben für aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik

Versandkostenfrei
ab 30,00 Euro
Bestellwert!
shop.oegbverlag.at



NEU

Radikale Solidarität

Warum Vielfalt immer eine soziale Frage ist

Mario Lindner (Hrsg.), Evelyn Regner

Varia | 2022 | 176 Seiten | EUR 29,90 | ISBN: 978-3-99046-468-7

„Haben wir keine anderen Probleme?“ Über Gleichstellung und Vielfalt zu reden ist oft nicht einfach. Gerade in den letzten Jahren erleben wir eine Debatte, die versucht, Identitätspolitik gegen die sozialen Fragen unserer Zeit auszuspielen. Viel zu lange hätte sich die Linke mit vermeintlichen „Orchideenthemen“ beschäftigt und dabei die „echten Probleme“ vieler Menschen ignoriert. Statt mit Feminismus, LGBTIQ-Gleichstellung oder den Rechten von Migrant*innen, solle sich fortschrittliche Politik besser ausschließlich mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen – alle anderen Probleme würden sich dann schon von alleine lösen.

Diesen konstruierten Widerspruch wollen wir nicht länger hinnehmen. Eine neue Bewegung von politischen Akteur*innen tritt heute an, um zu beweisen, dass soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Emanzipation nur Hand in Hand erreicht werden können. Radikale Solidarität bietet daher eine Antwort auf die Mythen rund um Identitätspolitik und erklärt mit den Stimmen einer neuen politischen Generation, warum Vielfalt immer nur eine soziale Frage sein kann!



NEU

Fokus Mehrsprachigkeit

14 Thesen zu Sprache und Sprachenpolitik. Beiträge aus Österreich und Europa.

Oliver Gruber, Michael Tölle (Hrsg.)

Varia | 2022 | 408 Seiten | EUR 36,00 | ISBN: 978-3-99046-543-1

Das Spannungsverhältnis zwischen mehrsprachiger Gesellschaft und monolingualem Habitus ist zu dem zeitgenössischen Merkmal der Sprachenpolitik in Österreich geworden. Mit 14 Thesen zu Sprache und Sprachenpolitik gibt dieses Buch einen Impuls für eine zukunftsorientierte Auseinandersetzung mit der Rolle von Sprache(n) in Österreich als mehrsprachigem Land und seinem europäischen Kontext. Die Thesen formulieren Orientierungslinien für eine moderne Sprachenpolitik, die wissenschaftliche Befunde, pädagogische Praxis und gesellschaftliche Sprachenrealität gleichermaßen berücksichtigt.

Die im Buch enthaltenen verständlich aufbereiteten Fachbeiträge, betrachten die aktuellen Herausforderungen und Lösungsansätze aus Sprach- und Sozialwissenschaften ebenso wie die pädagogische und sprachenpolitische Praxis. Das Buch lädt zur Diskussion über einen progressiven Umgang mit der Realität und Normalität individueller, familiärer, gesellschaftlicher und institutioneller Mehrsprachigkeit ein.

„Das Licht ist aus ...“

„Wir brauchen Dich ...!“

Grafikteam
%attac

Wir brauchen dich als Kreative*r, Grafiker*in oder Koordinator*in! Join our team ...
grafikteam@attac.at

1000+ MAL

Steuergerechtigkeit
Ein gutes Leben für alle ein
Alternatives Finanzsystem
Ernährungssouveränität
Soziale Sicherheit
Wandel Klimagerechtigkeit
Gutes Leben für alle ein
Demokratisierung
Solidarisches Europa

RADIO%attac

Österreichische
Hochschüler_innenschaft

ÖH



www.oeh.ac.at

Studieren. Verändert Ungerechtigkeit.

Die ÖH ist die gesetzliche Interessenvertretung von und für Student_innen in Österreich.

Belastet dich, wie auch viele andere Studierende, die aktuelle Teuerung?

Die ÖH unterstützt Studierende mit verschiedenen Fördertöpfen auch finanziell.

Auch mit unserem umfangreichen Beratungsangebot stehen wir Studierenden in jeder Lebenslage zur Seite.

Informiere dich auf www.oeh.ac.at/service über unsere Angebote!



@bundesoeH

